



Band 4. Reichsgründung: Bismarcks Deutschland 1866-1890

August Bebels Reichstagsrede gegen die Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika (26. Januar 1889)

Im Februar 1885 hatte der deutsche Kolonialabenteurer Carl Peters (1856-1918) einen kaiserlichen Schutzbrief für das Territorium Deutsch-Ostafrika erhalten. Das Verhalten seiner *Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft* löste im August einen Aufstand unter den Einheimischen aus. Ein wütender Bismarck sah sich gezwungen, mithilfe einer im Januar 1889 im Reichstag eingebrachten Gesetzesvorlage die offizielle staatliche Verwaltung des Gebietes anzunehmen. Die Vorlage gab vor, deutsche Truppen gegen den Sklavenhandel zu entsenden, doch das wahre Ziel war die Niederschlagung der Rebellion und die Übernahme der Leitung von Peters' Unternehmen. Im folgenden Auszug aus den Reichstagsdebatten bringt August Bebel (1840-1913), Deutschlands führender Sozialdemokrat, heftigen Widerstand gegen die deutsche Kolonisation zum Ausdruck.

Meine Herren, habe ich den Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst richtig verstanden, so ist er bereit, die geforderten 2 Millionen Mark zu bewilligen. (Zurufe: „Tribüne.“ Glocke.) – Meine Herren, wenn Sie etwas ruhiger sein wollten, werden Sie mich hören. Er war ferner bereit, die Verantwortung für die Verwendung dieser 2 Millionen Mark dem Herrn Reichskanzler* zu überlassen; er hat aber ferner in seinem Schlußworte auch erklärt, daß er bereit sei, falls die Reichsregierung es für nötig halte, weitere Mittel zu gewähren. Wie nach einer solchen Erklärung der Abgeordnete Dr. Windthorst einer eventuellen Kommissionsberatung noch eine besondere Bedeutung beilegen kann, das verstehe ich nicht. Ich kann mir dafür nur einen einzigen Grund denken. Die Herren haben sich vorhin darauf gestützt, daß im Deutschen Reiche eine besondere Begeisterung für die Kolonialpolitik zu finden sei. Meine Herren, soweit meine Kenntnis der Stimmung der deutschen Bevölkerung reicht, ist von einer solchen Begeisterung auch gar nirgends die geringste Spur vorhanden. Wenn vor 4, 5 Jahren bis zu einem gewissen Grade eine solche Begeisterung vorhanden war, so ist diese infolge der inzwischen stattgefundenen Ereignisse und Enttäuschungen verschwunden. Heute steht das deutsche Volk in seiner sehr großen Mehrheit kühl bis ins Herz hinein dieser ganzen Kolonialfrage gegenüber. Ich gehe weiter und sage, daß, wenn, wie es unzweifelhaft geschieht, die große Majorität des Reichstags die Forderung der Regierung bewilligen wird, Sie nicht imstande sind zu sagen, daß Sie darin mit der Mehrheit des Volkes übereinstimmen. Nach meiner Meinung ist das deutsche Volk nicht geneigt, sich in solche kolonialen Abenteuer, wie sie hier uns zugemutet werden, einzulassen. Um nun den Schein zu erwecken, als seien wer

* Otto von Bismarck.

weiß was für wichtige Dinge in der Kommission verhandelt worden, scheint man die Kommissionsberatung nötig zu haben.

Meine Herren, was mir bei der ganzen Vorlage besonders aufgefallen ist, ist der Umstand, daß die Motivierung, wie sie uns seitens der verbündeten Regierungen vorgelegt wurde, sich in einem starken Widerspruch mit sich selbst befindet. Im Eingange dieser Begründung wird ausgeführt, daß die leitenden Grundsätze der deutschen Kolonialpolitik, wie sie 1884 und 1885 in amtlicher Erörterung die Zustimmung des Reichstags gefunden hätten, auch heute noch maßgebend seien. Es wird weiter ausgeführt, daß es sich hauptsächlich darum gehandelt hätte, die Sicherstellung des zu kolonisierenden Gebiets gegen Störungen und Eingriffe anderer Kolonialmächte herbeizuführen, daß aber alle sonstigen Schwierigkeiten und Verlegenheiten, die aus der Kolonisierung des okkupierten Gebietes erwachsen würden, das Reich nichts angingen, sondern ausschließlich Sache derjenigen sei, welche die Kolonisierung der betreffenden Länderstrecken in die Hände genommen haben.

Meine Herren, wären diese Grundsätze, wie behauptet wird, heute noch maßgebend, dann könnte die Reichsregierung mit dieser Forderung unmöglich an den Reichstag herantreten; aber im Widerspruch hiermit bringt die weitere Begründung der Angelegenheit das genaue Gegenteil zur Geltung. Hier wird ausgeführt, daß nunmehr, da die Ostafrikanische Gesellschaft, nach meiner Überzeugung durch eigenes Verschulden, aus ihrem Besitz herausgeworfen ist, da sie nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgabe, die sie sich in ihrem eigenen Interesse gestellt hat, zu erfüllen, das Reich für die Zwecke der Ostafrikanischen Gesellschaft eintreten muß. Nun, wer ist denn diese Ostafrikanische Gesellschaft? Ein kleiner Kreis von Großkapitalisten, Bankiers, Kaufleuten und Fabrikanten, d. h. ein kleiner Kreis von sehr reichen Leuten, deren Interessen mit den Interessen des deutschen Volks gar nichts zu tun haben, die bei dieser Kolonialpolitik nichts als ihr eigenes persönliches Interesse im Auge haben, die, wie es vorhin vom Herrn Dr. Bamberger auf Grund bestimmter Äußerungen des offiziellen Organs der Ostafrikanischen Gesellschaft ausgesprochen wurde, nur den Zweck hatten, auf Grund größerer Mittel gegenüber einer schwächeren Bevölkerung sich auf alle mögliche Weise zu bereichern. Einer solchen Kolonialpolitik werden wir nie unsere Zustimmung geben. Im Grunde genommen ist das Wesen aller Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz. Wo immer wir die Geschichte der Kolonialpolitik in den letzten drei Jahrhunderten aufschlagen, überall begegnen wir Gewalttätigkeiten und der Unterdrückung der betreffenden Völkerschaften, die nicht selten schließlich mit deren vollständiger Ausrottung endet. Und das treibende Motiv ist immer, Gold, Gold und wieder nur Gold zu erwerben. Und um die Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung im vollen Umfange und möglichst ungestört betreiben zu können, sollen aus den Taschen des Reichs, aus den Taschen der Steuerzahler Millionen verwendet werden, soll die Ostafrikanische Gesellschaft mit den Mitteln des Reichs unterstützt werden, damit ihr das Ausbeutegeschäft gesichert wird. Daß wir von unserem Standpunkt aus als Gegner jeder Unterdrückung nicht die Hand dazu bieten, werden Sie begreifen.

Ich gehe weiter und sage, daß sogar im Falle einer kolonialen Bearbeitung der ostafrikanischen Ländereien, wie sie unter die deutsche Schutzherrschaft gestellt sind, durch eine europäische

oder deutsche Kolonialgesellschaft für die Einwohner der betreffenden Länder nicht einmal irgendein Vorteil erwächst. Die Sitten und Gewohnheiten der betreffenden Bevölkerung, auch wenn sie sich in Sklaverei befindet, unterscheiden sich zum Teil recht günstig von denjenigen in europäischen Ländern. Wir haben erst in den letzten Tagen aus einem Vortrage, den Dr. Hans Meyer, auch ein Afrikareisender, in Dresden gehalten hat, gehört, daß eigentlich die Lage der Sklaven in den inneren afrikanischen Bezirken unter ihren Sklavenhaltern vielfach eine weit bessere sei als die unserer deutschen, unserer europäischen Arbeiter. Es ist unter anderem in diesem Vortrage erwähnt worden, daß die afrikanischen Sklaven wöchentlich zwei Feiertage bekämen. Meine Herren, wenn der deutsche Arbeiter eine solche Forderung aufstellen würde, dann wollte ich einmal den Sturm der Entrüstung sehen, der sich in den weitesten Kreisen der Unternehmer erheben würde. Ferner ist es Tatsache, daß die Arbeit bei uns in Deutschland eine angestrenftere ist als die, welche die Sklavenhalter ihren Sklaven zumuten, und daß die tägliche Arbeitszeit durchschnittlich eine geringere ist, als sie deutsche Arbeiter in Deutschland im Dienste ihrer Unternehmer vollziehen müssen. Nun aber hat die Erfahrung und die Geschichte aller Kolonien gelehrt, daß, sobald Europäer – und es ist ja stets nur die Unternehmerklasse, die dabei in Frage kommt – in fremdem Lande Boden fassen und das Land nach den verschiedensten Richtungen nach Möglichkeit ausbeuten, die schlechten Sitten, Gewohnheiten und Gebräuche der Europäer eingebürgert werden. Diese allein finden Anwendung gegenüber der eingeborenen Bevölkerung und werden noch aufs äußerste übertrieben. Die Arbeitszeit wird alsdann überall eine unmenschlich lange, die Behandlung der eingeborenen Bevölkerung erfolgt ohne die geringste Rücksicht auf ihr materielles oder physisches Wohl. Das ist ganz erklärlich. Der Arbeiter ist selbst in den Augen vieler unserer zivilisierten europäischen Unternehmer eigentlich nur ein Werkzeug, ein Arbeitsmittel, das nach Möglichkeit ausgenutzt werden muß. Dieses gilt noch in viel höherem Maße von den tiefer stehenden Rassen, die man als inferior betrachtet und gegen die instinktiv eine gewisse Verachtung und ein großer Haß vorhanden ist. Man gewöhnt sich zu leicht, in dem Schwarzen einen Menschen inferiorer Rasse zu sehen, gegen den man sich alles erlauben dürfe, gegenüber dem es in der Behandlung gar keine andere Grenze gebe als die des eigenen persönlichen Nutzens, des größten Vorteils für den Unternehmer. Als Folge dieser Auffassung sehen wir, daß allüberall, wo die Europäer in solche Kolonialgebiete eindringen und wo stets die Bevölkerung im ganzen sich auf einer niedrigeren Kulturstufe befindet, diese brutal egoistischen Maximen Platz greifen und fortgesetzt zu Empörungen und Revolten gegen die Unternehmer führen, genauso wie wir dies bereits bei der kurzen Verwaltungsprobe der Ostafrikanischen Gesellschaft in den deutschen Schutzgebieten in Ostafrika erlebt haben.

[. . .]

Es wird allerdings als eigentliches Ziel aufgestellt, es handle sich um die Verbreitung europäischer Zivilisation, europäischer Kultur, um die Verbreitung des Christentums, es gelte vor allen Dingen, dem scheußlichen Sklavenhandel und den Sklavenjagden ein Ende zu machen. Aber, meine Herren, den Kernpunkt der Sache, der erst den Sklavenhandel und die Sklavenjagden zur Folge hat, die Sklaverei an sich, wollen Sie nicht aufheben. Es ist keinem von Ihnen bisher auch nur eingefallen, das hervorzuheben oder auch nur anzudeuten. Wir

haben im Gegenteil sowohl aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers in der vorigen Debatte wie aus dem Munde des Herrn von Helldorff und des Herrn Stoecker und anderer gehört, daß die Sklaverei in Afrika eine Notwendigkeit sei, daß die Sklaven, wenn sie befreit würden, eigentlich gar nicht wüßten, was sie anfangen sollten. Und der Herr Reichskanzler speziell hat noch darauf hingewiesen, daß die Sklaverei dort aufzuheben um deswillen ein kühnes Unterfangen sei, weil dies ohne Entschädigung an die Sklavenbesitzer nicht möglich sei. Nun, warum das letztere eintreten soll, verstehe ich in der Tat nicht. Wenn eine unrechtmäßige Gewalt, die der Mensch über den Menschen ausübt, wie bei der Sklaverei, aufgehoben werden soll, warum dies nicht ohne Entschädigung soll stattfinden können, sehe ich für meine Person nicht ein. Ich erinnere nur daran, daß, als die Vereinigten Staaten die Sklaverei aufhoben, es geschah ohne jede Entschädigung, als Folge eines großen Krieges.

[. . .]

Nun, meine Herren, welcher Art ist denn das Verhältnis, wenn Sie diesen Gesetzentwurf annehmen, in welches das Deutsche Reich zu der Ostafrikanischen Gesellschaft tritt? Glauben Sie etwa, daß das Deutsche Reich die Ostafrikanische Gesellschaft in der Tasche habe? Das glaube ich nicht; das gerade Gegenteil dürfte der Fall werden: Die Ostafrikanische Gesellschaft hat das Deutsche Reich in der Tasche. Der Reichskanzler, oder wer immer diese Stelle einnimmt, wird in Wahrheit nichts anderes als der erste Verwaltungsbeamte der Ostafrikanischen Gesellschaft.

(Lachen rechts.)

Nun frage ich aber: Welche Garantie hat bis jetzt diese Gesellschaft geboten, um nur annehmen zu können, daß sie in irgendeiner Weise den Aufgaben, die Sie ihr gestellt haben, gerecht zu werden vermöchte? Nicht die geringste! Die Gesellschaft soll ein Organ des deutschen Volkes sein! Das deutsche Volk kennt nicht einmal die Personen, aus denen die Ostafrikanische Gesellschaft zusammengesetzt ist. Daß aber die Ostafrikanische Gesellschaft sich nicht dazu herbeilassen wird, die sogenannte zivilisatorische Mission zu erfüllen, die Sie ihr als Hauptaufgabe zuweisen, das liegt bei ihr als einer Organisation zur Ausbeutung des ostafrikanischen Schutzgebietes und der ostafrikanischen Bevölkerung auf der Hand. Die Gesellschaft wird nur an die Wahrung ihrer Interessen denken. Nun ist es aber ganz zweifellos, daß, wenn erst einmal die Ostafrikanische Gesellschaft als Institution mit Unterstützung und Hilfe des Reichs in Wirksamkeit erhalten werden soll, wir ganz unzweifelhaft von einer Verlegenheit in die andere kommen.

Herr von Bennigsen hat allerdings vorher in seinen Worten einen großartigen Optimismus zur Schau getragen. Er hat getan, als seien die Opfer, die von seiten des Deutschen Reichs gebracht würden, so gering, daß sie gar nicht in Betracht kämen und daß sie überdies in nicht allzulanger Zeit nicht mehr nötig seien. Meine Herren, diesen Optimismus besitzt nicht einmal die Reichsregierung. Wir sehen das in dieser Vorlage am Schluß, wo in dürren Worten erklärt wird, daß, falls die jetzt erforderte Summe nicht reiche, man später mit neuen kommen würde,

die alsdann einfach in den Reichsetat eingestellt werden würden. Die Geschichte aller Kolonisationen beweist uns, daß das im reichsten Maße der Fall sein wird. Zum Überfluß haben wir auch aus den Stimmungen, die im Reichstag bei den verschiedenen Debatten laut geworden sind, zur Genüge kennengelernt, daß ein großer Teil des Reichstags vor sehr bedeutenden Opfern, seien sie noch so groß, nicht zurückschrecken wird.

[. . .]

Ich habe auch das Vertrauen zum deutschen Volke, daß es gegen eine solche Kolonialpolitik, wenn es zur Erkenntnis derselben kommt, durch entsprechende Wahlen in der allerentschiedensten Weise Opposition machen und Protest erheben wird. Meine Herren, uns in diese Art von Abenteuer zu begeben, ohne daß für die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung auch nur im allerentferntesten irgendwelche Vorteile daraus hervorleuchten, wohingegen umgekehrt der ganze Vorteil aus einem solchen Unternehmen nur einer kleinen Minorität Reicher zufällt – die, wenn sie überhaupt ihren Reichtum vermehren will, das auf Kosten ihrer eigenen Mittel tun mag –, dafür können wir uns nicht begeistern, dafür wird sich meiner festen Überzeugung nach das deutsche Volk, wenn es klar einsieht, wohin es auf diesem Wege der Kolonialpolitik geführt werden soll, ebenfalls nicht begeistern.

Sitzen wir aber erst einmal an den Fiebertümpeln Ostafrikas fest, dann werden auch noch ganz andere Forderungen an uns herantreten; dann wird es vor allen Dingen heißen: Nachdem wir einmal soundso viel Gut und Blut für jene Lande geopfert und aufgewendet haben, ist es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten; was immer es kosten mag, wir müssen dafür eintreten. Dann wird in erster Linie notwendig, eine bedeutende Verstärkung der Flotte vorzunehmen – Herr von Kardorff nickt mir bereits zustimmend zu –; es wird ferner notwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten. Es wird dann heißen: Wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krisis nicht nur unsere heimatlichen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können.

So werden Sie mit Ihrer Kolonialpolitik Schritt für Schritt weitergetrieben, ohne daß Sie heute nur entfernt imstande sind zu wissen, welche Opfer Ihnen dadurch zugemutet werden. Aber daß dies geschehen wird, kann nach meiner Überzeugung gar keinem Zweifel unterliegen für jeden, der irgendwie die Verhältnisse kennt und den Gang der Dinge beobachtet hat.

[. . .]

Wir unsererseits erklären, mag man es immerhin als eine Art Hoch- oder Landesverrat oder irgendwie sonst qualifizieren, wir werden gegen diese Vorlage stimmen. Ich erkläre auch, ich habe gegenüber der jetzigen Leitung der deutschen Reichspolitik nicht das Vertrauen zu glauben, daß sie, soweit sie ihre Organe in Afrika hat, etwa besondere Anstrengungen daransetzen wird, die Kolonisation des Landes in wirklich humanem und sogenanntem christlichen Sinne ausüben zu lassen. Meine Herren, ein System, das jede mißliebige Partei

sofort mit Ausnahmegesetzen bedenkt, ein System, das es kaltblütig fertiggebracht hat, daß Zehntausende und aber Zehntausende friedlicher Bewohner rücksichtslos über die Landesgrenzen getrieben wurden, ein System, das bisher sich hartnäckig geweigert hat, den einheimischen Arbeitern die so nötige Schutzgesetzgebung zuteil werden zu lassen, ein System, das jeden persönlichen Gegner rücksichtslos durch alle möglichen Verfolgungen und Prozesse zu vernichten trachtet – zu einem solchen System haben wir kein Zutrauen, ihm folgen wir nicht.

(„Bravo!“ bei den Sozialdemokraten.)

Quelle: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags*. Berlin, 1889, 7. Legislaturperiode, 4. Sitzung 1888/89, 1. Bd., 26. Januar 1889, S. 627-31.

Abgedruckt in August Bebel, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 2, *Erster Halbband, 1878 bis 1890*, Hg. Ursula Herrmann et al. Berlin: Dietz Verlag, 1978, S. 523-33.